



ÜBRIGENS...

Redaktionsschluss: 02.01.2017

LEITZINSENTSCHEIDUNGEN UND NICHT- ENTSCHEIDUNGEN

Die Aktienmärkte lassen sich bei ihrer Jahresendrallye von der US-Notenbank nicht aufhalten. Die Bekanntgabe einer Anhebung der Fed-Funds-Rate um 0,25 Prozentpunkte entsprach exakt den Erwartungen. Damit liegt der Leitzins dann in der Spanne zwischen 0,50 und 0,75 Prozent. Dies war erst die zweite Erhöhung seit der Finanzkrise. Ab 2008 hatte die Notenbank den Leitzins entschlossen auf null Prozent gesenkt und die Finanzmärkte mit zusätzlichem Geld aus einem Anleihekaufprogramm geflutet. Tatsächlich gelang es, die Folgen der Wirtschaftskrise einzudämmen. Die erste Erhöhung seitdem, um ebenfalls 25 Basispunkte, war im Dezember vor einem Jahr erfolgt. Thema ist nun die Frage, wie es 2017 weitergeht. Die Fed selbst signalisiert die Absicht weiterer Zinsschritte. Dem folgt eine Mehrheit der Experten. Zwei oder drei Leitzinserhöhungen 2017 wären ein klares Zeichen einer Rückkehr zur Normalität, wenngleich die Fed-Fund-Rate mit weniger als 2,0 Prozent immer noch deutlich unter ihrem langfristigen Durchschnitt läge. Vor Ausbruch der Finanzkrise lag dieser Leitzins bei 5,25 Prozent. Pikanterweise waren es vor allem die seit 2004 (von 1,0 Prozent ausgehenden) vorausgegangenen Zinserhöhungen, die zur Finanzkrise geführt hatten, weil aufgrund der mitsteigenden variablen Hypothekenzinsen viele Hauskredite notleidend geworden waren.

Auch die Europäische Zentralbank (EZB) überraschte nicht. Sie lässt ihre Leitzinsen bei Null. Auch hier sorgte eher der Ausblick auf 2017 für Diskussionen: Das laufende Anleihekaufprogramm wird zwar verlängert, woraus sich ein zusätzliches Volumen von 540 Milliarden Euro ergibt. EZB-Präsident Mario Draghi kündigte an, mindestens bis Ende 2017 monatlich 60 Milliarden Euro für Anleihekäufe auszugeben. Und Draghi deutete an, das Anleihekaufprogramm sogar über 2017 hinaus fortsetzen zu können. Allerdings wird die monatliche Summe für Anleihekäufe ab März von 80 Milliarden Euro auf monatlich dann 60 Milliarden Euro verringert. Auch dieses unauffällige "Tapering" darf man als Anzeichen einer Normalisierung ansehen. Die sehr lockere Geldpolitik war zunehmend kritisiert worden.

Neben den Aktienmärkten zeigten sich auch die Rentenmärkte wenig überrascht von den Ankündigungen der beiden wichtigsten Notenbanken. Das damit vorherrschende Szenario gesteht Anleihen nicht viel Spielraum für Kursgewinne zu. Vielmehr könnten die Renditen ihren unteren Wendepunkt in diesem Jahr gesehen haben. Andererseits steht nun bereits fest, dass die EZB mit ihren Käufen das Kursniveau von Euro-Anleihen das ganze Jahr 2017 hindurch stützen wird.

Fazit: Wer vom "Platzen der Rentenblase" spricht, dramatisiert, weil die Schockwellen bislang ausgeblieben sind und auch nicht unmittelbar bevorstehen. "Zinswende" dürfte das Geschehen besser beschreiben, zumindest für die USA. Für Anleger bedeutet dies, die guten Ergebnisse vieler Renten- und Mischfonds nicht fortschreiben zu können. Aktive Selektions- und Timing-Entscheidungen werden wichtiger. Grundsätzlich sind flexible und aktiv gemanagte Rentenfonds solchen vorzuziehen, die sich an klassischen Staatsanleihe-Benchmarks orientieren. Obwohl die Leitzinserhöhung der US-Notenbank absehbar war, vermochte die Fed doch wenigstens, die Devisenmärkte zu bewegen: Der US-Dollar stieg gegen Euro auf ein 14-Jahres-Hoch mit zwischenzeitlich nur noch 1,036 Dollar für einen Euro. Das war der tiefste Stand seit Januar 2003, als sich der Euro in einem übergeordneten Aufwärtstrend gegen den Dollar befand (vom historischen Tief bei 0,823 im Jahr 2000 bis zum Hoch bei gut 1,60 im Jahr 2008). Damit hat der Euro/Dollar-Wechselkurs jetzt die seit fast zwei

Jahren geltende Handelsspanne verlassen. Charttechnisch ist nun eine Fortsetzung des Dollar-Aufwärtstrends gut möglich, zumal auch der wohl wachsende Zinsvorteil den Dollar stärken dürfte. Große Banken wie Morgan Stanley, Citi oder die Deutsche Bank rechnen für das kommende Jahr damit, dass der Dollar auf Parität mit dem Euro klettern wird.

Fazit: Globale Diversifizierung streut Risiken und erschließt zusätzliche Ertragsquellen. Euro-Anleger verdienen so am Anstieg der Wallstreet doppelt: an den steigenden Aktienkursen und am steigenden Dollar. Weil das der vorherrschenden Erwartung entspricht, sollte man in Zukunft aber nicht alles darauf setzen. Nicht nur Fed und EZB haben über ihren Leitzins entschieden. Die Bank of England (BoE) beließ ihren trotz drohender Konjunkturrisiken angesichts des geplanten EU-Austritts unverändert. Die Hüter des Britischen Pfundes beschlossen einstimmig, den Schlüsselzins bei 0,25 Prozent zu belassen. Er war im August unter dem Eindruck der ersten Auswirkungen des Brexit-Votums auf das historisch niedrige Niveau gesenkt worden. Danach zeigte sich die britische Volkswirtschaft aber überraschend wenig gestört. Deshalb scheint es jetzt eher die Schweiz zu sein, die ihre Zinsen erneut senken könnte. Der Ruf als "sicherer Hafen" könnte den Schweizer Franken steigen lassen, was auf Kosten der aus der Schweiz exportierenden Unternehmen geht. [dc2]

NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL

2016 geht sicher als ein Jahr der Überraschungen in die Geschichte ein. Nur die wenigsten hatten mit einem Brexit, also dem Austritt der Briten aus der Europäischen Union gerechnet, und wahrscheinlich noch weniger mit einem Sieg Donald Trumps bei der US-Präsidentenwahl. Auch das Scheitern des italienischen Verfassungsreferendums im Dezember war überraschend. Die Folge: Die Verunsicherung bei den Investoren wächst. Was kommt als nächstes? Das gilt besonders für die Zukunft Europas und die zunehmende Tendenz zur Abschottung hin zu stärkeren Nationalstaaten.

Auch 2017 dürfte uns ein spannendes Jahr bevorstehen, nach dem Motto: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Die Politik werden die Finanzmärkte 2017 somit weiterhin auf Trab halten. Im Blickpunkt stehen dabei vor allem die Entscheidungen, wer künftig in den Niederlanden, Frankreich und in Deutschland die Regierung stellt. Nicht wenige befürchten, dass bei diesen Wahlen Rechtspopulisten und Euro-Kritiker Aufwind bekommen. Ein Erstarken der Anti-EU-Parteien könnte das Vertrauen in die Grundidee Europas zerstören und im schlimmsten Fall zu einem Auseinanderbrechen der Gemeinschaft führen.

Die Niederländer sind Mitte März als erstes dran, ein neues Parlament zu wählen. In den Umfragen führt derzeit die rechtspopulistische und islamfeindliche PVV. Sie ist für einen europäischen Binnenmarkt - jedoch ohne EU, und sie will aus dem Euro aussteigen. Dazu hat sie sich auch verschiedentlich für ein entsprechendes EU-Referendum ausgesprochen. Zwar ist nicht zu erwarten, dass die PVV die Parlamentsmehrheit erringt. Gleichwohl kann ein verbissen geführter Wahlkampf eine erhöhte Verunsicherung bewirken und damit den Kapitalmarkt und die Gemeinschaftswährung belasten.

Richtungsweisende Wahlen stehen 2017 auch in Frankreich an: Im Frühjahr wählen die Franzosen einen neuen Präsidenten und im Sommer ein neues Parlament, die Nationalversammlung. Aktuelle Umfragen zeigen das recht eindeutige Bild, dass die Präsidentschaftswahl am Ende, das heißt in der Stichwahl, zwischen dem republikanischen Kandidaten François Fillon und Marine Le Pen vom Front National ausgetragen wird. Falls Le Pen gewinnt, dürfte Frankreich ein Referendum über den Austritt aus Währungsunion und EU bevorstehen. Das gleiche gilt übrigens auch für Italien, falls die populistische "Fünf-Sterne-Bewegung" bei vorgezogenen Neuwahlen im Parlament die Mehrheit erzielen sollte.

Relativ spannend wird auch der Ausgang der Bundestagswahlen hierzulande. Kanzlerin Merkel tritt im Herbst bekanntlich wieder an, ein Sieg und ihre dann vierte Amtszeit ist dennoch keinesfalls sicher. Vor allem der wahrscheinliche Einzug der AFD in den Bundestag und der mögliche Einzug der FDP machen Prognosen über die künftigen Mehrheitsverhältnisse schwierig. In Deutschland gibt es 2017 zudem noch drei Landtagswahlen: in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Schleswig-Holstein.

Die Auslistung zeigt, dass die Politik 2017 zu den wichtigen temporären Einflussfaktoren am Kapitalmarkt zählen kann - nicht muss. Angesichts des Brexit-Votums in Großbritannien und Trumps Wahlsieg allen Wahlprognosen zum Trotz dürften aber die anstehenden Wahlen - je nach Ausgang - für Kursausschläge an den Märkten sorgen, auch wenn sie nur von kurzer Dauer sein dürften. Es schadet aber nichts, die Termine im Auge zu behalten. [dc2]

GÜTESIEGEL MIT SCHWÄCHEN

Die genaue Zahl ist gar nicht richtig bekannt. In Deutschland sollen knapp 30.000 Publikumsfonds in unterschiedlichen Anlageklassen und Tranchen zugelassen sein. Oder sind es noch mehr? Auf jeden Fall macht es die Vielfalt des Fondsangebots Anlegern und Beratern schwer, das passende Finanzprodukt auszuwählen. Fondsratings versprechen Anlegern hier eine verlässliche Hilfe bei der Suche nach dem für sie "richtigen" Fonds.

Ob Morningstar, Lipper oder Feri, um nur einige Anbieter zu nennen - die Fonds werden anhand von bestimmten Kriterien überprüft und in ein Bewertungsschema eingeordnet. Auf diese Weise sollen Investoren ohne Schwierigkeiten erkennen können, welcher Qualitätsstufe der untersuchte Fonds nach Auffassung der jeweiligen Agentur zuzuordnen ist.

Doch einen einheitlichen Bewertungsmaßstab, den alle Ratingagenturen verwenden, gibt es nicht. Wie ein Fonds abschneidet, hängt von den speziellen Beurteilungskriterien einer bestimmten Agentur und auch oft von der subjektiven Einschätzung und den Fähigkeiten des Analysten ab. Deshalb kommen unterschiedliche Agenturen nicht selten zu recht verschiedenen Ergebnissen. Die meisten Agenturen bilden Vergleichsgruppen, denen sie die einzelnen Fonds zuordnen und so ein Ranking erstellen. Beispiele von diesen sogenannten Peer-Groups sind etwa Aktien Deutschland, internationale Aktien, Anleihen Europa oder High Yields Asien. Die Kategorisierung ist wichtig, um nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen, also beispielsweise Fonds für asiatische Aktien mit Fonds für russische Anleihen.

Das Rating macht aber keine Aussage über die Entwicklung eines gesamten Marktsegments, sondern ermöglicht nur eine Bewertung der relativen Güte der Fonds innerhalb dieses Segments. Wer sich in seinen Anlageentscheidungen an rein quantitativen Ratings offener Investmentfonds orientiert, wird jedoch oft enttäuscht. Denn die historische Performance eines Fonds, aus der sich ein rein quantitativ ermitteltes Fondsrating ableitet, gibt nur sehr begrenzt einen Hinweis auf die zukünftige Performance. Die Vorteile für Anleger, sich an solchen Fondsratings zu orientieren, sind daher beschränkt. Deshalb ist es wichtig, zwischen quantitativen und qualitativen Ratings zu unterscheiden.

In Abgrenzung zu "Rankings", die rein vergangenheitsbezogene Auswertungen von Kennzahlen darstellen, verkörpern "Ratings" qualitative Produkt- und Prozessbeurteilungen, die in Prognosen und Wahrscheinlichkeitsaussagen münden. Zwar versuchen sowohl Ratings als auch Rankings Fonds anhand von vorher festgelegten Kriterien zu beurteilen. Doch ein Ranking ist genau genommen nicht das Ergebnis, sondern nur das Verfahren zur Erstellung einer Rangliste. Es basiert auf Basis quantitativer, historischer Daten. Eine Prognoseabsicht besteht nicht.

Es geht somit nur darum aufzuzeigen, wie gut oder schlecht die Leistung des Fonds innerhalb einer Gruppe vergleichbarer Fonds in der Vergangenheit war. Ist die Beurteilung für einen Fonds dagegen mit einer Wahrscheinlichkeitsaussage verbunden, zum Beispiel über die künftige Wertentwicklung, dann handelt es sich um ein Rating. Allerdings verwenden selbst die Ratingagenturen die Begriffe nicht trennscharf voneinander.

Ziel eines Fondsratings ist es also, für den privaten Anleger eine gewisse Transparenz zu schaffen. Die standardisierten Verfahren der Ratingagenturen ermöglichen ihm einen Vergleich der Fondsalternativen, ohne alle Details kennen zu müssen, im Sinne einer Vorselektion. Investoren sollten ihre Anlageentscheidung demnach niemals ausschließlich auf Grundlage von Ratings und Rankings treffen.

Anleger sollten zudem bedenken, dass ein gutes Rating nicht selten eine Art Todesurteil für den Fonds sind. Denn dank guter Noten und vieler Buchstaben und Sterne werden viele Anleger überhaupt erst auf den Fonds aufmerksam und investieren. Die Folge: Das Fondsvolumen schwillt stark an, so dass der Fondsmanager Schwierigkeiten bekommt, die neuen Gelder vernünftig anzulegen. Darunter leiden dann häufig die Performance und die Risikokennzahlen, und die Gefahr ist groß, dass die Leistung absackt.

Fazit: Richtig konzipiert und angewandt, können Fondsratings eine wichtige Stütze bei der Entscheidungsfindung sein. Wie die auf zukünftige Erträge ausgerichtete Investitionsentscheidung muss jedoch auch das Fondsrating in die Zukunft gerichtet sein. Die Leistung des Fondsmanagements in der Vergangenheit kann hierfür ein Indiz sein, muss es aber nicht. [dc2]

UND SCHON WIEDER EINE RENTENREFORM

Schwarz auf weiß steht es im "Alterssicherungsbericht 2016": Das Versorgungsniveau der zukünftigen Rentner werde hierzulande "ohne zusätzliche Altersvorsorge in den kommenden Jahren deutlich zurückgehen". Werde nicht zusätzlich für das Alter vorgesorgt, steige das Risiko der Bedürftigkeit im Alter stark an, heißt es in der neuen Analyse der Bundesregierung. Die Erkenntnis ist zwar nicht völlig neu, aber die Botschaft sollte nun auch wirklich der Allerletzte wahrnehmen: Ja, wir von der Politik tun etwas für die Rente von morgen, aber wenn Ihr liebe Bundesbürger, nicht gleichzeitig privat etwas zurücklegt, habt ihr ein Problem.

Monatelang werkelten Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles und ihr Team nun an einem Gesamtkonzept für die Rente. Und das nur zwei Jahre, nachdem die große Koalition mit der Mütterrente und der abschlagsfreien Rente mit 63 ohnehin schon zwei deutliche Ausweitungen der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung in Kraft gesetzt hat. Doch der demografische Wandel fordert weitere Anpassungen. Denn von den Beiträgen, die junge, arbeitende Generationen in die Rentenversicherung einzahlen, werden bekanntlich die Älteren ausbezahlt. Aber der Altersquotient - also die Anzahl von Rentnern, die auf einen Arbeitnehmer kommen - verdoppelt sich bis 2030 ungefähr. Langfristig führt diese Entwicklung dazu, dass immer weniger Beitragszahler, immer mehr Rentner finanzieren müssten.

Deshalb nun also ein weiterer Anlauf, die Altersvorsorge auf feste Füße zu stellen. Wichtigste Erkenntnis: Nahles will das Rentenniveau bis 2045 auf 46 Prozent halten. Gleichzeitig solle der Beitragssatz in diesem Zeitraum nicht über 25 Prozent steigen. Denn wenn nichts geschehe, werde das Rentenniveau voraussichtlich auf 41,7 Prozent fallen, sagte Nahles. Daher wolle sie diese "doppelte Haltelinie" einziehen.

Auf der Renten-Agenda stehen aber noch weitere Vorhaben, die möglichst zügig umgesetzt werden sollen. So ist etwa geplant, die Rentenwerte in Ost und West anzugleichen, die Selbständigen besser abzusichern und vor allem die Betriebsrenten attraktiver zu gestalten. Den Planungen zufolge soll die betriebliche Altersvorsorge (bAV) über eine neue Zielrente ohne Garantie und mit Enthaltung des Arbeitgebers sowie direkte staatliche Zuschüsse für Geringverdiener neue Impulse erhalten. Damit könnten viele der bisher 13 Millionen Arbeitnehmer ohne Betriebsrente Zugang zu dieser Vorsorgeform erhalten, hofft die Regierung.

Und die dritte Säule? Dort hat sich die Bundesregierung vor allem eine Verbesserung der Riester-Rente auf die Fahnen geschrieben. Den Planungen zufolge soll die geförderte private Altersvorsorge künftig nicht mehr vollständig auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden, genauer gesagt um mindestens 100 Euro. Dieser Sockelbeitrag kann auf bis zu 200 Euro anwachsen. Neu ist auch die Erhöhung der Grundzulage. Sie steigt von 154 Euro auf 165 Euro.

Mit diesen Maßnahmen dürfte die Riester-Rente zumindest etwas attraktiver werden und damit das Drei-Säulen-Modell auch weiter die Basis für die Altersvorsorge sein. Für die Große Koalition drängt allerdings die Zeit, wenn sie die geplante Rentenreform noch in dieser Legislaturperiode stemmen will. Im Frühjahr müsste die Reform stehen, anschließend ist Wahlkampf. Und das Thema Rente ist viel zu wichtig, um dort von den Parteien zerredet zu werden. [dc2]

Mit freundlichen Grüßen



Fred und Steffen Nowicki

Wenn Sie nähere Informationen zu den angesprochenen Themen wünschen, wenden Sie sich bitte an Ihren Berater:
secumed Finanzdienstleistungsgesellschaft mbH
Fred und Steffen Nowicki
Prellerstraße 48
04155 Leipzig
info@secumed-leipzig.de
03 41 - 5 89 43 40
03 41 - 5 89 43 43

Die Übrigens... erscheint bei der Drescher & Cie Gesellschaft für Wirtschafts- und Finanzinformationen mbH, Ettore-Bugatti-Str. 6-14, 51149 Köln. Trotz sorgfältiger Auswahl der von der Drescher & Cie GmbH als zuverlässig eingestufte Quellen und Informationen kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte nicht gehaftet werden. Dies gilt insbesondere für Inhalte, die nicht von der Redaktion der Drescher & Cie GmbH, sondern von Dritten stammen. Inhalte der Redaktion sind anhand der jeweiligen Kürzel am Ende der redaktionellen Beiträge erkennbar, welche sich auf der Internetseite www.investmentredaktion.de/redaktion wiederfinden lassen. Die Inhalte der Übrigens... dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie stellen weder eine individuelle Anlageempfehlung noch eine Aufforderung zum Kauf- oder Verkauf von Wertpapieren dar. Kein Teil der Übrigens... oder dessen Format darf (auch auszugsweise) ohne die ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung der Drescher & Cie GmbH oder ohne eine entsprechende schriftliche Vereinbarung mit der Drescher & Cie GmbH zur Nutzung der Inhalte und / oder des Formats der Übrigens... (Nutzungsrecht) reproduziert, nachgedruckt oder sonst vervielfältigt oder verbreitet werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie (auch auszugsweise) ohne Nutzungsrecht verpflichtet zur Gebührenzahlung an den Verleger. Regelungen zu einem Nutzungsentgelt im Rahmen einer Einräumung eines Nutzungsrechts bleiben unberührt. (c) 2008 Drescher & Cie GmbH